

Gemeindepräsident verurteilt

BILDUNG Im Fall der Amtsgeheimnisverletzung rund um den Kanti-Streit liegt bereits ein rechtskräftiges Urteil vor. Ein Gemeindepräsident wurde für die Indiskretion zu einer Busse verurteilt.

Ende April hatte eine Indiskretion im Streit um den Kanti-Standort für Aufruhr gesorgt. Die «Ostschweiz am Sonntag» machte damals öffentlich, dass der St. Galler Regierung eine Studie des Beratungsbüros Wüest und Partner vorliege, die den Kanti-Standort Uznach gegenüber Wattwil favorisiere. Der Bericht stützte sich auf vertrauliche Dokumente der Regierung, die der Redaktion zugespielt worden waren.

Die Regierung erstattete daraufhin Anzeige gegen unbekannt wegen Verdachts auf Amtsgeheimnisverletzung. Wie dieselbe Zeitung am Wochenende berichtete, liegt das Urteil nun bereits vor. Es lautet gemäss Staatsanwaltschaft St. Gallen auf 1000 Franken Busse unbedingt und eine bedingte Geldstrafe von 30 Tagessätzen.

Aus dem Toggenburg

Die Staatsanwaltschaft St. Gallen gab den Namen der verurteilten Person aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes nicht bekannt. Es handle sich um den Gemeindepräsidenten einer Ortschaft im Toggenburg, schreibt hingegen die «Ostschweiz am Sonntag».

Regierungsrat Stefan Kölliker verteidigte gegenüber dem Blatt seine Kommunikationsstrategie. Die externe Studie wäre sowieso veröffentlicht worden, sagte er gegenüber der Zeitung. Seine Informationspolitik bezeichnete er als «gelungen». Das erregt nun wiederum die Gemüter. *pku*